

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Stephan Bothe und Jens-Christoph Brockmann (AfD)

Linksextremismus in Niedersachsen - hat der „offene Antisemitismus“¹ der Partei Die Linke Landesverband Niedersachsen Folgen?

Anfrage der Abgeordneten Stephan Bothe und Jens-Christoph Brockmann (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 19.03.2026

Der Parteitag des Landesverbandes Niedersachsen der Partei Die Linke am 14. und 15. März 2026 in Hannover wurde Gegenstand nationaler Berichterstattung. Unter der Überschrift „Durchbruch für den ‚Antizionismus‘ in der Linken?“ thematisiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*² neben anderen Zeitungen³ den Parteitag, auf dem ein Beschluss gefasst wurde, der sich mit dem Kampf gegen Israel beschäftigte. Israel werde als „Apartheidsstaat“ bezeichnet und ein „Genozid“ vorgeworfen. Nach Einschätzung der FAZ wolle sich Die Linke „radikaler positionieren“.

Erster Autor des Ursprungsantrags „Ablehnung des Zionismus“ ist ein Vertreter der „Linksjugend Solid“, der in der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke beschäftigt ist. In einem Video⁴ äußerten Mitglieder der Partei, dass der niedersächsische Landesverband antizionistisch sei und der vermeintliche „Genozid“ an Palästinensern eine „notwendige Konsequenz der zionistischen Ideologie“ wäre. An dem Parteitag hat u. a. die Bundesvorsitzende der Partei teilgenommen, die bis 2023 Landesvorsitzende in Niedersachsen war. In der Debatte über den Antrag meldete sie sich nicht zu Wort und verteidigte den Beschluss im Nachhinein inhaltlich ausdrücklich⁵. Der frühere langjährige Parteivorsitzende Gregor Gysi hingegen bekundete, sich gegen eine „falsche Kritik“ an Israel zur Wehr zu setzen und dass diese gefährlich sei, da immer mehr Personen „mit spezifischem Migrationshintergrund“ in die Partei kämen.

Der niedersächsische Antisemitismusbeauftragte bewertet die in dem Beschluss zutage tretende Auffassung als „üblen Antisemitismus“⁶. Man sage Zionismus, meine aber Israel und stelle dessen Existenzrecht infrage.⁷ Als Kollateralschaden nehme Die Linke eine Verschlechterung der Sicherheitslage für Juden in Kauf, und durch die Gleichsetzung der Politik Israels mit der des Nationalsozialismus bestätige sie diejenigen Antisemiten, die auch vor Angriffen auf Juden nicht zurückschrecken.⁸ Zwar sei in der Partei Antisemitismus kein neues Phänomen, doch dieser habe durch die Fassung eines formalen Beschlusses eine neue Qualität erreicht. Der zunehmende Antisemitismus werde dadurch in Niedersachsen legitimiert und weiter befördert. Der Präsident des Zentralrats der Juden erkennt in dem Beschluss einen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes. Die Partei Die Linke biete damit Judenhass ein Zuhause.⁹

1. Kann die Landesregierung oder die ihr nachgeordneten Behörden eine Radikalisierung der Partei Die Linke Landesverband Niedersachsen, wie sie Medienvertreter beobachten, bestätigen?

¹ Das ist nicht links, sondern antisemitisch!, in: Neue Osnabrücker Zeitung Stadt, 18.03.2026, S. 1

² FAZ, 18.03.2026, S. 4

³ U. a. „Es geht nicht mehr“: Heftige Kritik an Linken nach „Antizionismus“-Beschluss, Hannoversche Allgemeine Zeitung Stadttausgabe, 18.03.2026, S. 1; CDU: „Ein politischer Tabubruch“, Ostfriesen-Zeitung, 18.03.2026, S. 2

⁴ FAZ, 18.03.2026, S. 4

⁵ Zentralrat der Juden kritisiert die Linke, Hannoversche Allgemeine Zeitung, 19.03.2026, S. 7

⁶ Linke wehrt sich gegen Antisemitismusbefehl, in: Braunschweiger Zeitung, 19.03.2026, S. 2

⁷ FAZ, 18.03.2026, S. 4

⁸ „Es geht nicht mehr“: Heftige Kritik an Linken nach „Antizionismus“-Beschluss, Hannoversche Allgemeine Zeitung Stadttausgabe, 18.03.2026, S. 1

⁹ „Ein politischer Tabubruch“, Ostfriesen-Zeitung, 18.03.2026, S. 2

Falls ja, welche Konsequenzen werden daraus gegebenenfalls gezogen? Falls nein, wie erklärt sich die Landesregierung den gegenteiligen Eindruck von Medienvertretern?

2. Konnte die Landesregierung Antisemitismus innerhalb der Linkspartei feststellen? Falls ja, seit wann, in welcher Form und innerhalb welcher Gruppierungen?
3. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über antisemitische oder antizionistische Aktivitäten im Umfeld von Hochschulgruppen der Partei Die Linke oder ihrer Jugendorganisationen vor? Falls ja, um welche Hochschulgruppen an welchen Standorten handelt es sich?
4. Gibt es Kooperationen zwischen parteinahen Strukturen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Zusammenhang mit Antisemitismus oder Antizionismus auffällig geworden sind?
5. Teilt die gesamte Landesregierung die o. g. Auffassung des Antisemitismusbeauftragten, dass der niedersächsische Landesverband der Partei Die Linke die Verschlechterung der Sicherheitslage für Juden in Kauf nehme und sie den Antisemitismus legitimiert und befördert?
6. Befinden sich die zuständigen Minister mit dem Antisemitismusbeauftragten in seiner Funktion als Entwickler von „Empfehlungen zum Umgang mit Antisemitismus in jeglicher Form“ im Hinblick auf die Vorgänge beim Landesparteitag der Partei Die Linke im Austausch? Falls ja, welche Erkenntnisse haben welche Minister gegebenenfalls daraus bislang gezogen, und welche konkreten Maßnahmen oder Vorhaben sind daraus gegebenenfalls erwachsen?
7. Wird Die Linke als Gesamtpartei derzeit vom Verfassungsschutz Niedersachsen beobachtet? Falls nein, wird eine Beobachtung vor dem Hintergrund der Ereignisse neu überprüft?
8. Die rot-grüne Koalition beschloss in ihrer Koalitionsvereinbarung 2013, die „parteitaktisch motivierte Beobachtung der Gesamtpartei ‚Die Linke‘ ebenso beenden (zu wollen) wie die Diskriminierungen der islamischen Gemeinden“¹⁰: Wie bewertet die derzeitige rot-grüne Landesregierung die damalige Haltung und waren dem Verfassungsschutz zum Zeitpunkt des Beschlusses und dessen etwaiger Umsetzung antisemitische Tendenzen innerhalb der Partei, die laut Antisemitismusbeauftragtem „kein neues Phänomen“ sind, bekannt?
9. Vor dem Hintergrund der Aussage des ehemaligen Parteivorsitzenden Gregor Gysi zum Einfluss von Neumitgliedern mit Migrationshintergrund: Welche Rolle spielen gegebenenfalls islamische Gemeinden und ihre Mitglieder bei der Beobachtern zufolge antisemitisch geprägten Radikalisierung der Partei Die Linke?
10. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung gegebenenfalls zur Rolle einzelner Strömungen oder Plattformen innerhalb der Partei Die Linke vor?
11. Gibt es Hinweise auf eine Einflussnahme durch extremistische Gruppierungen auf die Partei? Falls ja, um welche Gruppierungen handelt es sich, und auf welche Art und Weise nehmen sie Einfluss?
12. Gibt es Verbindungen niedersächsischer Parteistrukturen zu extremistischen oder sonstigen antisemitischen oder antizionistischen ausländischen Organisationen oder Netzwerken (z. B. der Hamas)?
13. Gibt es Fälle, in denen Mitglieder oder Funktionsträger der Partei Die Linke im Zusammenhang mit antisemitisch motivierten Straftaten beteiligt waren? Falls ja, wird um Darstellung der Fälle gebeten.
14. Wie bewertet es die Landesregierung im Hinblick auf mutmaßlich antisemitische Tendenzen in der Partei Die Linke, dass die Bundesvorsitzende und ehemalige Landesvorsitzende der Partei, Heidi Rechinnek, an dem Landesparteitag teilnahm, sich aber zu dem von politischen Beobachtern als antisemitisch eingestuften Antrag nicht zu Wort meldete und den Beschluss im Nachgang inhaltlich verteidigte?

¹⁰ https://web.archive.org/web/20130228131104/http://www.spdnds.de/imperia/md/content/landesverbandniedersachsen/tw2013/koalitionsvereinbarung_der_jahre_2013-2018.pdf, S. 18

15. Wie bewertet es die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Bundesvorsitzende nicht gegen den antizionistischen Antrag Stellung bezog und ihn inhaltlich verteidigte, dass Fraktionen in anderen Ländern sowohl der regierungstragenden Fraktionen im Niedersächsischen Landtag als auch der Fraktion der CDU mit der Partei und Fraktionen von Die Linke auf Bundes- und Landesebene Regierungskoalitionen bilden bzw. Absprachen im Hinblick auf Wahlen sowie parlamentarischen Initiativen, teils zum Zwecke umfangreicher Verfassungsänderungen, treffen (z. B. in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt)?
16. Wie bewertet die Landesregierung die politische Verantwortung von Funktionsträgern, die sich zu antizionistischen Beschlüssen nicht positionieren?
17. Welche Haltung hat die Landesregierung grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit (mindestens in Teilen) antizionistischen politischen Akteuren?
18. Ist der Landesregierung bekannt, ob auch in anderen niedersächsischen Parteien antizionistisch geprägte Beschlüsse gefasst wurden? Falls ja, in welchen und welchem extremistischen Phänomenbereich sind diese gegebenenfalls zuzuordnen?
19. Gibt es im Landtag mit Fraktionen vertretene Parteien, die mit der Partei Die Linke in Niedersachsen zusammenarbeiten? Falls ja, welche und in welcher Form findet diese Zusammenarbeit statt?
20. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten linker Antisemiten in Niedersachsen (bitte im Rahmen der Erörterung die maßgeblichen Akteure und gegebenenfalls Einzelpersonen auflisten)?
21. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über linksmotivierte antisemitische Straftaten in Niedersachsen (bitte zahlenmäßig seit 2020 jahresweise auflisten und etwaige Zugehörigkeit oder Verbindungen zu politischen Akteuren der ermittelten Täter darstellen)?
22. Welchen Stellenwert räumt die Landesregierung dem Kampf gegen linken Antisemitismus in Niedersachsen ein, und welche konkreten Maßnahmen hat sie diesbezüglich gegebenenfalls ergriffen (bitte darstellen, wie viele Personen sich innerhalb der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden diesem Phänomen widmen und den Sachbearbeitern für rechten und religiös motiviertem Antisemitismus gegenüberstellen)?